

Pressemitteilung

Berliner Senat soll sich zum Fortbestand des Neutralitätsgesetzes bekennen

Aus Anlass der Übergabe von über 1.200 Unterschriften für den Erhalt des Berliner Neutralitätsgesetzes persönlich an die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Frau Sandra Scheeres, am Montag, 26.02.2018, um 10.30 Uhr im Dienstgebäude Bernhard-Weiß-Straße 6, 10178 Berlin, Raum 3 C 47, erklärt die Initiative:

Mit der Übergabe der Unterschriften am 26. Februar 2018 unterstützt die Initiative die Haltung von Frau Senatorin Scheeres, am bewährten Berliner Neutralitätsgesetz festzuhalten.

Wo immer auch der Staat Menschen gegenübersteht – wie vor Gericht, bei der Polizei, im Justizvollzug oder in den öffentlichen Schulen – haben religiös oder weltanschaulich geprägte Symbole keinen Platz. Es kann nicht in das Belieben einzelner Beschäftigter gestellt werden, durch das Tragen solcher Symbole die Neutralität des Staates der persönlichen Überzeugung unterzuordnen und diese anderen demonstrativ aufzudrängen.

Je vielgestaltiger das Zusammenleben in einer Stadt wie Berlin, umso unverzichtbarer ist gegenseitige Rücksichtnahme. Wer den legitimen Anspruch auf Neutralität in staatlichen Kernbereichen als angebliches „Berufsverbot“ verunglimpft, verweigert Menschen mit einer anderen religiösen oder weltanschaulichen Haltung den notwendigen Respekt und begründet erhebliche Zweifel an seiner persönlichen Eignung für ein öffentliches Amt.

Das gedeihliche Zusammenleben von Menschen aus über 190 Nationen und über sechzig Prozent Konfessionsfreien an der Berliner Bevölkerung muss im Berliner Alltag immer wieder neu erarbeitet werden. Eine Voraussetzung dafür ist der Verzicht von Religionen und Weltanschauungen, staatlichen Kernbereichen ihren Stempel aufzudrücken.

Das Berliner Neutralitätsgesetz verdient Unterstützung, weil es alle Religionen und Weltanschauungen gleich behandelt und niemanden diskriminiert. Es verlangt lediglich von allen Beschäftigten des Landes eine zeitlich und räumlich befristete Zurückhaltung beim Tragen religiöser Symbole im Dienst.

Wir erwarten vom Berliner Senat, dass er ohne Wenn und Aber zum geltenden Neutralitätsgesetz steht, in den anstehenden arbeitsgerichtlichen Verfahren standhaft bleibt und so Berlin vor religiös-weltanschaulichem Egoismus und Fundamentalismus schützt.

Berlin, 26. Februar 2018

Für die Initiative PRO Neutralitätsgesetz

RA Walter Otte

Ulla Widmer-Rockstroh

Michael Hammerbacher

Kontakt: ra.w.otte@t-online.de und pro-neutralitaet-berlin@gmx.de.